

KJB 2/06: Tanz auf dem Vulkan

von: Fred Schmid, 15.06.2006



Risiken und Nebenwirkungen in der Weltkonjunktur nehmen zu

Das Ganze erinnert an den Tanz der Regenmacher, an Voodoo-Zauber. Mit allerlei Beschwörungsformeln versuchten Regierung, Wirtschaftsforscher, Chefökonomien und Medien den Aufschwung herbeizuzaubern: Der „Aufschwung kommt“, „gewinnt an Fahrt“, „an Breite“, „an Eigendynamik“. Die euphorische Stimmung steigerte sich bis zu „irrationalen Überschwang“ (HypoVereinsbank). Mit dem Amtsantritt Merkels sollte der mentale Umschwung eingeläutet werden, gemäß der Auffassung, dass fünfzig Prozent des Wirtschaftens psychologisch determiniert seien.

Als dann Ende April die „führenden Wirtschaftsforschungsinstitute“ ihr Frühjahrsgutachten vorlegten, schnurrten die „Erwartungsblasen“ weitgehend zusammen. Zwar korrigierten die Institute diesmal ihre Zahlen im Vergleich zum Herbstgutachten nach oben, doch die prognostizierten 1,8 % BIP-Zuwachs liegen nach wie vor unter der Beschäftigungsschwelle von zwei Prozent. In den USA würde man so etwas als „harte Landung“ der Konjunktur einstufen. Auch die BIP-Werte für das erste Quartal 2006 mahnten zur Nüchternheit: Mit 0,4 % (spitz gerechnet 0,37 %) Zuwachs gegenüber dem Vorquartal war die deutsche Wirtschaft langsamer gewachsen als erwartet; aufs Jahr hochgerechnet bedeutet das einen Zuwachs von 1,6 Prozent. Die Analysten hatten mehrheitlich einen Zuwachs von 0,6 % für das erste Vierteljahr vorhergesagt. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Bert Rürup, stellte im FAZ-Interview realistischer fest: „Der Aufschwung ist aber nicht so dynamisch, wie derzeit insbesondere von Bankvolkswirten erwartet wird... Ich persönlich wäre froh, wenn wir am Ende des Jahres die von der Regierung prognostizierten 1,6 Prozent erreichen.“ (zit. nach FAZ, 12.5.06)

Das entscheidende Problem der deutschen Konjunktur: Der vielzitierte „Aufschwung“ ist mitnichten selbsttragend, sondern vom Ausland geborgt. Die Haupt-Triebfeder ist nach wie vor der Export, der im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 4,6 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 14,2 % zulegen. Die deutsche Wirtschaft hängt am Tropf der globalen Märkte, Binnenmarkt und -konjunktur stagnieren

weitgehend. Von den Investitionen und vom privaten Verbrauch gehen noch immer keine nennenswerten Impulse aus. Die Konsumausgaben stiegen zwar gegenüber dem Vorquartal um 0,6 Prozent, doch handelt es sich dabei weitgehend bereits um Vorzieheffekte im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung 2007 (siehe unten). Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen wegen erhöhter Abschreibungssätze und dringendem Ersatzbedarf um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal, was aber durch die um drei Prozent niedrigeren Bauinvestitionen überkompensiert wurde, so dass die Investitionen insgesamt um 0,6 Prozent zurückgingen. Die Weltwirtschaft wiederum steht zwar nach wie vor unter Dampf, die Konjunktur verläuft dynamisch. Für 2006 wird ein BIP-Zuwachs von 4,8 Prozent prognostiziert, um 3,1 Prozent soll die US-Wirtschaft wachsen; im ersten Quartal betrug der Zuwachs dort 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für den Welthandel prognostiziert die OECD eine Beschleunigung des Zuwachses auf 9,3 Prozent. Doch andererseits nehmen Nervosität und Risiken auf den Weltmärkten zu. Die Situation gleicht einem Tanz auf dem Vulkan, aus dem immer mehr Blasen aufsteigen und wo die Risiken eines Ausbruchs zunehmen.

Auch die OECD warnt in ihrem Halbjahres-Ausblick vor einer Reihe von Gefahren, welche der Weltwirtschaft einen Rückschlag versetzen könnten: Absturz des Dollars, steigende Zinsen, ein Rückgang der Immobilienpreise in vielen Ländern sowie eine erneute Verteuerung des Öls. (vgl. HB, 24.5.06)

Risiko Börsen-Crash

Ein weiterer Risikofaktor steht für die allgemeine Verunsicherung an den Finanzmärkten: ein Crash an den Börsen. Als am Mittwoch, dem 17. Mai, der Dax um mehr als 200 Punkte abstürzte, waren die Anleger an der Frankfurter Börse um 25 Milliarden Euro ärmer. Auch an den Börsen in New York und Tokio gaben die Kurse deutlich nach. Seitdem bewegen sich die Kurse im Jojo-Rhythmus. Von seinem Jahres-Höchstkurs von 6.162 Punkten (11.5.06), der zugleich ein Fünfjahreshoch markierte, ist der Dax mittlerweile gut 700 Punkte oder zwölf Prozent entfernt (8.6.2006: 5.383 Punkte). Nach jahrelangem Kursaufschwung meldet sich das Risiko an den Börsen zurück. Unmittelbarer Anlass für den Kurseinbruch war die Bekanntgabe der neuen Inflationszahlen der USA für April, die eine Beschleunigung des Preisauftriebs gegenüber März um 0,6 Prozent anzeigten. Die Börsianer fürchten, die US-Notenbank Fed könne die Zinsen zur Bekämpfung der Inflation weiter anheben und so die Konjunktur abwürgen. Im Mai lag die Kerninflationsrate - ohne Energiepreiserhöhungen - bei 2,8 Prozent, was den Konsum für die US-Verbraucher bereits erheblich verteuert. Mittlerweile lehren nicht nur Inflation und Zinspolitik der Fed, sondern auch der schwache Dollar und der Anstieg des Ölpreises die Börsianer das Fürchten. Nicht nur an den Aktienmärkten bekamen die Anleger kalte Füße. Sie ziehen sich zunehmend aus allen Risikopositionen zurück, wie etwa aus Anleihen und Währungen aus Schwellenländern oder Anlagen in Rohstoffmärkte. Durch spekulative Anlagen institutioneller Investoren wurden die Rohstoffmärkte zur jüngsten Blase an den Börsen. Ende Mai sank der Index der Rohstoffpreise so stark, wie seit Jahren nicht mehr. Gefragt sind dagegen festverzinsliche Wertpapiere, die in Zeiten hoher Volatilität der Finanzmärkte als sicherer Hafen gelten. „Der Fokus der Investoren verlagert sich gerade weg von der Inflationsangst hin zu Befürchtungen über einen umfassenden Tumult an den Finanzmärkten“, sagte Christoph Rieger von der

Investmentbank Dresdner Kleinwort Wasserstein in einem Gespräch mit Reuters.

Risiko Immobilienblase

Anfang Mai hatte die Fed den Leitzins auf fünf Prozent angehoben, es war die dreizehnte Zinserhöhung in Folge; eine weitere Erhöhung im Juni gilt als ausgemacht. Weitere Zinserhöhungen aber bringen den Immobilienmarkt unter Druck, was fatale Folgen haben könnte, da sich Hypothekendarlehen weiter verteuern würden. Seit Jahresbeginn zeigen die Wohnungsbaubeginne in den USA ohnehin steil nach unten, die Stimmung der Bauunternehmer rutschte im Mai auf einen zyklischen Tiefstand. Wegen der flauen Nachfrage bröckeln mittlerweile die Preise für Häuser und Eigentumswohnungen. Platzt die Immobilienblase, dann wäre das verheerend für den Konsum in den USA. Der Immobilienboom hatte zuletzt Konsum und Konjunktur der US-Wirtschaft angetrieben. Steigenden Immobilienpreise und vergleichsweise niedrige Zinsen gestatteten es vielen Amerikanern in den vergangenen Jahren, auf Hypotheken-Pump zu konsumieren. Der Wertzuwachs ihrer Häuser spiegelte zusätzlichen Reichtum vor. Kühlt sich der Immobilienboom ab und fallen gar die Preise, dann fällt diese Finanzierungsmöglichkeit des Konsums aus. Die Hausbesitzer müssen verstärkt sparen, um für den Schuldendienst aufkommen zu können. Bereits im vergangenen Jahr mussten mehr als zwei Millionen private Haushalte in den USA wegen Überschuldung Insolvenz anmelden. Knickt jedoch der private Konsum der Amerikaner ein, dann fällt nicht nur der entscheidende Wachstumsmotor für die US-, sondern für die gesamte Weltkonjunktur aus. Ein schlagartiges Platzen der Immobilienblase könnte zudem zu einer Kettenreaktion an den Finanzmärkten führen.

Risiko Dollar-Abwertung

Die Folge eines Einbruchs der US-Konjunktur wäre vermutlich, dass die internationalen Anleger und Kreditgeber ihr Geld aus den USA abziehen und einen Dollar-Crash auslösen. US-Notenbankchef Bernanke säße zudem in der Zinsfalle: Erhöht er die Zinsen, um Anleger anzulocken, würde er die Konjunktur noch weiter abwürgen. Senkt er die Zinsen, um die Konjunktur anzukurbeln, beschleunigt er die Flucht aus dem Dollar. Bereits in den vergangenen Wochen war der Dollar stark unter Druck geraten und hat mit fast 1,30 Dollar pro Euro binnen kurzem mehr als ein Zehntel seines Werts verloren. Als Grund gilt das immer größer werdende Loch in der US-Leistungsbilanz. Das Defizit erreicht dieses Jahr vermutlich 800 Milliarden Dollar, über sieben Prozent des US-BIP. Gegenüber 2001 hat es sich fast verdoppelt; der Schuldenberg der USA beträgt mittlerweile acht Billionen Dollar. Auf Dauer lässt sich ein solches Defizit und globales Ungleichgewicht nicht durchhalten. Der US-Währungsexperte Martin Feldstein: „Alle Experten sind sich einig, dass der Dollarkurs erheblich nach unten korrigiert werden muss. Das wird auch passieren“. (Zeit-Interview, 11.5.06). Offen ist, wie und wann die Abwertung vonstatten geht; langsam mit moderaten 10, 20 Prozent oder in Form eines Crash. Feldstein hält eine rabiate Anpassung wie von 1985 bis 1987 nicht für ausgeschlossen. Damals verlor der Dollarkurs gegenüber den wichtigsten Währungen im Schnitt 38 Prozent. Die USA könnten auf diese Weise ihre Auslandsschulden erheblich vermindern und erhielten einen „wettbewerbsfähigen Dollar im Ausland“. Die Folgen für die Weltwirtschaft wären gravierend. Feldstein: „Wenn der Dollar fällt und das amerikanische Leistungsbilanzdefizit schrumpft, heißt das, dass die USA weniger importieren

beziehungsweise mehr exportieren. Unsere Handelspartner geraten also unter Druck. Die Chinesen sehen das sehr klar. Sie wollen ihre Regierungsausgaben für Bildung, Erziehung und Regionalförderung deutlich erhöhen, um das an Wirtschaftsleistung zu ersetzen, was ihnen in der Exportwirtschaft verloren gehen würde.“ (ebenda). Ähnliche Anstrengungen zur Ankurbelung der Binnennachfrage sieht Feldstein bei europäischen Wirtschaftspolitikern nicht. „Europa muss erst einmal einen Weg finden, um den Nachfrageausfall aus Amerika auszugleichen“, meint Feldstein.

Risikofaktor Große Koalition

Während die EU auf ein derartiges Katastrophenszenario schlichtweg nicht vorbereitet ist, geht Deutschland sogar auf direkten Gegenkurs zu einer Stärkung der ökonomischen Binnenkräfte. Die Steuerbeschlüsse und Kürzungen im Sozialbereich würgen die Kaufkraft weiter ab und verstärken die Exportabhängigkeit. In ihrem Frühjahrsgutachten verfassen die Wirtschaftsforschungsinstitute einen eigenen Exkurs „Zur Konsumschwäche“. Mit komplizierten mathematischen „Konsumfunktionen“ kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass die Konsumverweigerung keine psychologischen Ursachen wie „Zukunftsangst“, mangelnde „Kauflaune und Konsumlust“ oder „Geiz ist geil“-Mentalität hat, sondern ganz banal mit dem gesunden Menschenverstand zu erklären ist: Die Leute haben schlichtweg weniger Geld zum Ausgeben. So waren „die Käufe der privaten Haushalte ... in früheren Aufschwungphasen stets eine Stütze der Konjunktur“, heißt es in dem Gutachten. Jetzt aber macht „der Vergleich mit den entsprechenden Wachstumsraten des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte deutlich ..., dass die Entwicklung der letzten Jahre im Wesentlichen das schwache Einkommenswachstum widerspiegelt.“ (Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, Arge-Institute, Hamburg 2006, S. 46f). Die „Therapie“ aus dieser Erkenntnis ist allerdings hanebüchen: Nicht durch tarifliche Lohnerhöhungen sei das Dilemma zu beheben, „im Gegenteil: Es ist mit einer weiteren Verschärfung der Situation zu rechnen“ (S. 49). Die entscheidende Determinante des privaten Verbrauchs sei „mehr Beschäftigung“. Diese kann aber nach Meinung der Institute „nicht durch hohe Lohnzuwächse, sondern im Gegenteil nur durch eine moderate Lohnpolitik und durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden“ (S. 50). Womit sich die neoliberale Katze wieder in den eigenen Schwanz beißt.

Diese „moderate Lohnpolitik“ hat in den vergangenen fünf Jahren dazu geführt, dass die Einkommensverteilung sich um über fünf Prozentpunkte zugunsten des Kapitals, namentlich der Unternehmens- und Vermögenseinkommen – von 27,8 % (2000) auf 33 % (2005) – verändert hat. In gleichem Ausmaß ging der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne + Sozialabgaben der Arbeitgeber) zurück (von 72,2 % auf 67 %). Hätten sich die Verteilungsrelationen gegenüber dem Jahr 2000 nicht geändert, dann wäre die Bruttolohnsumme 2005 um 68 Milliarden Euro höher ausgefallen und hätte die Massenkaufkraft entsprechend gestärkt. Pro Arbeitnehmer hätte das im Durchschnitt einen höheren Bruttolohn von 2.000 Euro allein im Jahr 2005 bedeutet. Aber auch in die Kassen der sozialen Sicherungssysteme wären über die Sozialabgaben der Arbeitgeber 19 Milliarden Euro zusätzlich eingezahlt worden. Die 68 Milliarden zusätzliche Bruttolohnsumme würde sich wiederum aufteilen in 45 Milliarden Euro zusätzliche Nettolöhne, 12 Milliarden Euro zusätzliche Lohnsteuer und 11 Milliarden zusätzliche Sozialbeiträge. Es würden also alle gewinnen: die

Arbeitnehmer, die sozialen Sicherungssysteme (19 + 11 Milliarden Euro) und die Staatskasse. Wegen der dann höheren Steigerung der Lohnsumme hätte es auch bei den Rentnern statt Nullrunden Zuwächse von ein bis zwei Prozent gegeben. Lediglich die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen hätten statt 132 Milliarden Euro mehr „nur“ einen Einkommenszuwachs von 44 Milliarden Euro erzielt. Anders formuliert: Arbeitnehmer, Rentner und andere Bezieher von sozialen Transfereinkommen hätten mehr Geld in der Tasche gehabt und so der Binnennachfrage Impulse geben können, während umgekehrt weniger Geld für Dividenden und Gewinnausschüttungen, für die Aufschätzung von Geldvermögen, Auslandsverlagerungen, Fusionen und Übernahmen und für Spekulationen auf den Finanzmärkten zur Verfügung gestanden hätte. 2006 soll sich die unsoziale und polarisierende Wirkung der Primärverteilung beschleunigt fortsetzen. Nach den Prognosen der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht fällt die Lohnquote um weitere 1,6 Prozent, während die Gewinnquote im gleichen Ausmaß steigt. Die Ergebnisse des ersten Quartals 2006 bestätigen diesen Trend: Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Prozent, die Arbeitnehmerentgelte um 0,0 Prozent.

Risiko Verteilungspolitik

Die verteilungspolitische Spaltung der Gesellschaft wird verstärkt durch einen fiskalischen Umverteilungsprozess zu Gunsten des Kapitals und zu Lasten der Arbeitnehmer, der Konsumenten und des Gemeinwesens.

Mit der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer werden den Konsumenten ab 2007 jährlich ca. 25 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen. Die staatlichen Mehreinnahmen werden im Endeffekt als Steuer- und Abgabengeschenke an die Unternehmer und Konzerne weitergereicht. 15 bis 16 Milliarden Euro kostet die Senkung der Lohnnebenkosten um 1,6 Prozentpunkte (Differenz aus Senkung des Arbeitslosenbeitrags um 2 Prozent und Erhöhung der Rentenversicherung um 0,4 %). Die Senkung teilt sich paritätisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf. Die Arbeitnehmer finanzieren sich ihre Senkung durch die höhere Mehrwertsteuer faktisch selbst. Außerdem wird ihnen ein zusätzliches Steuerpaket aus Kürzung der Entfernungspauschale, Kürzung des Sparerfreibetrags und Streichung anderer Steuervergünstigungen aufgebürdet. Die Arbeitgeber werden dagegen effektiv um ca. 8 Milliarden Euro pro Jahr an Sozialabgaben entlastet. (Bereits ab 1. Juli 2005 wurde der Arbeitgeberanteil bei der Krankenkasse um 0,45 % gekürzt, finanziert aus einer entsprechenden Erhöhung des Arbeitnehmer- und Rentnerbeitrags. Für 2006 und die folgenden Jahre bedeutet das eine Entlastung der Arbeitgeber um jeweils 4,5 Milliarden Euro).

Am 19. Juni präsentiert Finanzminister Steinbrück sein Konzept zur Reform der Unternehmensteuern. Soviel steht bereits fest: Es wird zu einer steuerlichen Entlastung der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) von mindestens acht Milliarden Euro kommen, und zwar auf Dauer (vgl. SZ, 31.5.06). Setzt man die Mehrwertsteuererhöhung zu den Steuer- und Abgabengeschenken an Konzerne und Unternehmer ins Verhältnis, dann wird klar: Mit der größten Steuererhöhung aller Zeiten wird Kaufkraft in neuen Dimensionen abgeschöpft und die Gelder im Wesentlichen zur Kostenreduzierung und Subventionierung der Profite verwendet. Wenn dennoch dieser Tage die Konjunkturforscher eine Zunahme der privaten

Nachfrage registrieren, dann handelt es sich dabei bereits um die Wirkung so genannter Vorzieheffekte, wie Marktforscher Rolf Bürkl, bei der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) verantwortlich für den Konsumklima-Index, in einem SZ-Interview feststellt: „Der momentan verstärkte Konsum ist Folge rationaler Überlegungen. Die Hauptrolle spielt dabei die bevorstehende Mehrwertsteuer-Erhöhung ab 1. Januar 2007. Wegen der damit verbundenen Preissteigerungen schaffen sich viele Verbraucher vorher ganz gezielt noch das neue Auto, den Flachbildschirm-Fernseher oder das Möbelstück an, das sie mittelfristig ohnehin kaufen wollten. Dieser Trend wird 2006 anhalten, weshalb wir von einem höheren Konsum ausgehen.“ (SZ, 29.4.06). Diese Käufe fehlen dann 2007 und lassen den Konsum der Privathaushalte umso deutlicher einknicken. Vor allem wenn, wie vorgesehen, zudem die Gesundheitsreform 2007 in Kraft tritt und Patienten und Beitragszahler mit weiteren Milliardenbelastungen zur Kasse gebeten werden.

Risikofaktor deutscher Merkantilismus

Die unsoziale Verteilungspolitik von Unten nach Oben hat nicht nur die beschriebenen verhängnisvollen Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur zur Folge. Wie eine Studie des Pariser Konjunkturforschungsinstituts OFCE vor wenigen Wochen aufzeigte, sanierte sich Deutschland mit seiner Politik der Mehrwertsteuererhöhung und der damit verbundenen Senkung der Lohnnebenkosten auf Kosten der Nachbarländer. Denn die höhere Mehrwertsteuer wirke zunächst wie ein Zoll: Sie verteuert die Importe der ausländischen Anbieter; die Exporteure deutscher Produkte bleiben jedoch ungeschoren, da ihnen bei der Ausfuhr die gesamte Mehrwertsteuer rückvergütet wird. Durch die Senkung der Lohnnebenkosten - teilweise finanziert aus den höheren Steuereinnahmen oder, wie im Falle der Krankenversicherung, durch Beitragserhöhungen der Versicherten - werden deutsche Transnationale Konzerne zudem noch wettbewerbsfähiger. Exportsubventionierung bei gleichzeitigen de-facto-Zollmauern ist nichts anderes als Merkantilismus. Oder wie es der Chef von OFCE, Jean Paul Fitoussi formuliert: „Was die Deutschen praktizieren, ist im Grunde nichts anderes als eine reale Abwertung“. Dabei hat die deutsche Wirtschaft durch Senkung der Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren ihre Wettbewerbsfähigkeit ohnehin extrem gesteigert und damit immer neue Exportrekorde eingefahren. Das Pendant sind jedoch schwache Einkommenszuwächse und reale Kaufkraftverluste. Auf diesen Zusammenhang weist auch die OECD in ihrem jüngsten Deutschlandbericht hin. Danach sei die deutsche Wirtschaft zu stark von Exporterfolgen abhängig. Im Inland komme die Konjunktur dagegen nur zögerlich in Schwung.

„Wir gehen davon aus, dass beide Effekte zusammenhängen“, sagte Eckhard Wurzel, Deutschland-Experte der OECD. Nullrunden, Senkung der Lohnnebenkosten, Rationalisierungsprogramme, Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, unbezahlte Mehrarbeit, Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, usw. haben zwar zur Senkung der Lohnstückkosten geführt und Deutschland zum Exportweltmeister gemacht. Für diesen Titel aber kann sich Otto Normalverbraucher nichts kaufen, im Gegenteil: er hat ihm viel an Kaufkraft gekostet. Die Senkung der Kaufkraft in Europas größter Volkswirtschaft wiederum hat Auswirkung auch auf die anderen EU-Länder. OFCE-Chef Fitoussi: „Dadurch wird das Wachstum in den nächsten Jahren schwächer ausfallen“. Zudem werde in anderen Ländern, wie z.B. in Frankreich, über ähnliche Konzepte diskutiert, was zu einem gefährlichen

Lohndumping und Steuersenkungs-Wettlauf führen könne. Profitiert hat davon bislang nur die deutsche Exportindustrie, allen voran die Transnationalen Konzerne. Sie haben ihren Marktanteil im Rahmen der EU erweitert und Spitzenprofite eingefahren. „Konzerne verdienen unerwartet gut“, titelte das 'Handelsblatt' am 22. Mai 2006. Bei den Nachsteuergewinnen legten die Dax-30-Konzerne im ersten Quartal um ein Drittel auf 15,4 Milliarden Euro zu. Erwartet war lediglich ein Plus von 15 Prozent.

Risiko Erdölpreis

Nicht nur Inflation und Verteilungsgewinne des Kapitals zehren an der Kaufkraft der Verbraucher. Insbesondere der gestiegene Erdölpreis und die Monopolpreise von Mineralöl- und Energiekonzernen treiben die Energie- und Treibstoffkosten in die Höhe. Ein Ölpreis von dauerhaft 70 Dollar erhöht die Kosten für deutsche Energieimporte auf 100 Milliarden Euro, 23 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr und doppelt so viel wie im Jahr 2004. Die Wirtschaftsforschungsinstitute hatten bei ihrer Frühjahrsprognose einen Erdölpreis von 65 Dollar im Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt. Eine Zuspitzung des Konflikts USA - Iran würde den Erdölpreis weiter in die Höhe treiben und damit zu einer Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft werden lassen. Irans geistlicher Führer Ajatollah Ali Chamenei hat für den Fall einer Eskalation im Atomstreit mit einer Ölkrise gedroht. Sein Land sei in der Lage, die Öllieferungen aus dem Persischen Golf durch die Straße von Hormus zu unterbrechen. Durch diese Meerenge „fließen“ täglich 17 Millionen Barrel Rohöl, ein Fünftel des Weltverbrauchs. Der Ölpreis erhöhte sich daraufhin auf fast 74 Dollar je Barrel. Nicht einmal den Ausfall der iranischen Ölproduktion könnte die Weltwirtschaft verkraften, da alle Öllieferanten bereits am Anschlag produzieren. Die globalen Reservekapazitäten betragen gegenwärtig nur noch ein bis zwei Prozent, der Iran fördert gegenwärtig fünf Prozent des Welt-Ölbedarfs. Die Statik der gegenwärtigen Weltkonjunktur gleicht der eines Kartenhauses.